
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PÜRSÜN: KOLLEKTIVES VERSAGEN AM KLINIKUM HÖCHST

04.04.2019

- Aufsichtsdefizite vor allem bei der Stadt Frankfurt
- Fragestellungen jetzt intensiv nachgehen
- Psychisch Kranke bedürfen besonderer Aufmerksamkeit

WIESBADEN – Zur Psychiatrie am Klinikum Höchst erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der Freien Demokraten, Yanki PÜRSÜN, am Donnerstag im Landtag: „Wir haben es in der Psychiatrie mit sehr verletzlichen Menschen zu tun, die isoliert und deshalb vollkommen abhängig und schutzlos sind – gerade sie verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb ist hier eine funktionierende Aufsicht besonders wichtig, die aber ganz offensichtlich aus unerfindlichen Gründen nicht funktioniert hat. Die Mängel sind ja nicht von heute auf morgen entstanden, und es gab ausreichend Hinweise, damit die Klinik selbst, die Stadt Frankfurt als Träger, aber auch das Land die Situation hätten hinterfragen können. Wir haben es hier mit einem kollektiven Versagen zu tun. Bis zum Sommer 2017 war die Stadt Frankfurt für die Aufsicht über das Klinikum zuständig, danach ging die Fachaufsicht auf das Sozialministerium über. Deshalb muss man die Defizite in der Aufsicht in erster Linie dem Gesundheitsdezernenten der Stadt Frankfurt anlasten. Es darf doch nicht sein, dass die einzige funktionierende Aufsicht letztlich durch das Team Wallraff wahrgenommen wurde.“

Pürsün weiter: „Man muss jetzt vielen Fragenstellungen intensiv nachgehen. Sie reichen von den anonymen aber zahlreichen und eindeutigen Hinweisen auf den einschlägigen Internetportalen, der Überbelegung aller vier Psychiatrien in Frankfurt, der lange schon zu geringen Personalbemessung, bis hin zur Auswahl von externen Gutachtern, die aufgrund ihrer Verquickungen mit dem Klinikum nicht als neutral bezeichnet werden können. In gleicher Weise wie den Patientinnen und Patienten sind wir aber auch den Pflegekräften

verpflichtet, die in geschlossenen Psychiatrien arbeiten. Sie verrichten einen besonders harten Job unter schlechten Arbeitsbedingungen. Auch das muss sich ändern.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de